

Königlich privilegierte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint
täglich
Vormittags 11 Uhr,
mit Ausnahme der Sonntage
und Festtage.

Alle
resp. Postämter nehmen
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
25 Silbergroschen,
in allen Provinzen
der Preussischen Monarchie
à 1 Sgr. 1 1/2.

Expedition:
Krautmarkt Nr. 1043

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Offenbarts Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. S. Offenbart.

No. 46. Freitag, den 23. Februar 1849.

Berlin, vom 22. Februar.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem General-Lieutenant a. D. v. Drigalski den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem katholischen Geistlichen, Vikar von Münstermann, zu Ostbevern, Kreis Warendorf in Westphalen, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Justiz-Kommissarius, Justizrath Grubitz zu Neuhausleben und dem Prorektor Krebs am Gymnasium zu Schweidnitz den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Erbschulzen Friedrich Zech auf dem Riez bei Storkow das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Deutschland.

Berlin, 20. Februar. (Nota bene.) Stümpfern in der Politik gilt der ausgesprochene Wunsch, daß die Krone besser berathen sein möge, sei es von denselben Räten in anderer Weise, sei es von neuen Männern für einen Casus belli gegen das Ministerium; und ist ihnen Grund genug, seinen Sturz herbeizuführen, koste er was er wolle.

Das Begehren nach einer Kabinettsveränderung ist recht vernehmlich in unserm Lande; die königliche Zeitung schließt einen sehr zu beherzigenden Auffaß, worin sie vor Spaltung der Rechten warnt und eine Handreichung der Fraktionen Bodenschwing-Bismarck und Manteuffel-Bincke dringend empfiehlt, mit dem Stoßseufzer nach dem Rücktritt des Ministeriums Manteuffel. Auch Organe der Presse, welche eine Ehre darin zu setzen scheinen, in den Ruf nach neuen Ministern nicht einzustimmen, nehmen Anstoß an verschiedenen Maßnahmen und verlangen eine charaktervollere, prägnantere Politik von den jetzigen Räten der Krone.

Wenn es wahr wäre, daß uns bedünken wollte, dem Lande würde mit einer Kabinettsveränderung gedient sein, so wüßten wir doch, daß in keinem Falle dem Lande dadurch gedient wird, daß auf den Sturz des jetzigen Ministeriums ein Theil der Rechten in parteivergeßener, unnatürlicher Verbindung mit der Linken hinarbeitet. Wir wüßten mit Bestimmtheit, daß uns das Gebot der Ehre, die Mahnung der Vaterlandsliebe und das Interesse für Erhaltung der konstitutionellen Freiheit die Pflicht auferlegt, unsere Wünsche zu vertagen und von einer systematischen Opposition gegen das Ministerium Brandenburg uns auszuschließen. Den Zorn und die Feindschaft der Linken hat dieses Ministerium durch die Auflösung der Nationalversammlung und die Verkündigung der Konstitution auf sich geladen. Der gegenwärtige Sturz des Ministeriums würde soviel bedeuten, als eine Mißbilligung jener Schritte, von deren Nothwendigkeit unsere Partei so durchdrungen ist, daß die Erkenntnis dieser Nothwendigkeit und die unumwundene Anerkennung der Verfassung gerade die Parteigrundlage der Rechten ausmacht, uns zur Partei vereinigt hat. Diesen gemeinsamen Boden der Partei würden unsere politischen Freunde zerstören, wenn sie von vornherein gegen das jetzige Ministerium operiren wollten. Es klingt so geringfügig: „Partei-Interessen!“ Aus Partei-Interesse das Ministerium stützen! Tieferes liegt zum Grunde; die öffentliche, durch den Sturz des Kabinetts besiegelte Erklärung der Verwerflichkeit jener Schritte vom Dezember v. J. würde die Krone prostituiert, die nur eben durch den Ausfall der Wahlen gerechtfertigt wurde. Leugnen wir nicht, es waren absolutistische Schritte, die zur Errichtung Preußens unerlässlich geworden; der König handhabte eine Art von Diktatur. Das Ministerium Manteuffel-Brandenburg übernahm die parlamentarische Verantwortlichkeit jener nicht konstitutionellen Handlungen, welche an die Stelle der Anarchie der Konstitution setzten. Das Ministerium wird sie verantworten. Es ist ein Gegenstand vorhanden, welchem wir es entgelten lassen dürfen, wenn wir der Krone zürnen. Doch täuschen wir uns ja nicht: Beginnt die Legislatur mit einem Sturz dieses Kabinetts, so wird dadurch der Krone das entscheidende Dementi vor den Augen von ganz Europa gegeben. Man könnte wohl entgegen, daß, wenn ein Ministerium dem Andringen von oben zu unkonstitutionellem Gebahren nachgiebt, nach unserer Erwägung eine Rüge jeden derartigen Kabinetts einen indirekten Angriff auf das unverletzliche Staatsoberhaupt enthielte? und dadurch alle verfassungswidrigen Schritte konstitutioneller Ministerien unangreifbar würden? Doch wir sind auf diesen Einwand gefaßt: Eine vollständige Verfassung bestand nicht in unserm Lande, und jene absolutistischen Schritte hatten kein anderes Ziel, als zu Verfassungszuständen die Bahn zu brechen. Wir also auf dem Boden der gegebenen Verfassung, um deren Revision es sich handelt, wollten Front machen gegen eine Politik, in deren Interesse es gelegen hat, diesen Boden zu schaffen?!

Wir hoffen zu Gott, daß unsere politischen Freunde, mögen sie noch so sehr antiministeriell sein, gegen den unausbleiblichen Angriff politischer Affaschinen das Ministerium Brandenburg mit ihren Schilden decken und

den vollendeten Thatfachen vom Dezember v. J. ihre Zustimmung nicht entziehen werden.

Wenn es feststeht, daß die Linke mit der gegen die Räte der Krone erhobenen Opposition weder durchdringen noch die Reihen der Rechten zu sprengen im Stande war, dann sind wir in jene Phase des parlamentarischen Lebens getreten, wo man nicht zu erröthen braucht, wenn man die Regierung zu tadeln sich gezwungen fühlt. Dann gilt die Lösung: „No men, but measures“, „nicht Männer, sondern Handlungen!“ dann beginnt die leidenschaftslose, würdevolle Prüfung der Grundsätze, nach welchen Graf Brandenburg die Geschichte des Landes lenken will. Zunächst bei Gelegenheit der Thronrede und der dadurch hervorgerufenen Antwort jeder Kammer an den König.

Unsere politischen Freunde werden, indem sie der Revolutionspartei das Ministerium nicht Preis geben, sich das Recht erworben haben, von dem übrigen Theil der Rechten, welcher dieses Kabinet vielleicht vorzugsweise als das seinige betrachtet, zu verlangen, daß er eben so leidenschaftslos und würdig die Grundsätze der ministeriellen Politik beurtheile und sich eben so wenig durch Sympathieen irre machen lasse, als andere Fraktionen unserer Partei durch Antipathieen gegen die Männer im Rathe der Krone. Sollte wider Erwarten in der Adressenhandlung auf Seite der Rechten auch ein leidenschaftlicher Ton gegen die Politik (natürlich eine gegen die Persönlichkeit) der Minister angeschlagen werden, so wird der rauschende Beifall auf der Linken den Redner früh genug beschämen und er wird die nöthige Fassung wieder gewonnen haben, ehe er die Tribüne verläßt.

Die ganze Rechte wird ohne Zweifel sachgemäß zu Werke gehen und keine Fraktion derselben wider bessere Ueberzeugung das Ministerium halten, wenn nur die Zuversicht sich erst befestigt hat, daß keine dasselbe stürzen will, um jeden Preis.

Es ist ein Irrthum, wenn man meint, das Kabinet des Grafen Brandenburg müsse sich nothwendigerweise auf die konservativsten Fraktionen der Rechten stützen. Vielmehr hätte ein aus liberaler Schicht hervorgehendes Ministerium weit mehr Rücksicht auf jene äußersten Fraktionen zu nehmen, um der Linken gegenüber die Mehrheit sich zu erhalten. Jedes Ministerium hat die meiste Deferenz für diejenige Schicht wohlverstanden seiner Partei, welche ihm am wenigsten sicher ist. Das Ministerium Manteuffel ist der Fraktion Bodenschwing-Bismarck vielleicht am sichersten; es wird daher nicht umhin können, in seiner Politik sich möglichst an das Programm der liberalsten Fraktion der Rechten (natürlich nur der Rechten) zu halten. Sollte diese nun Opposition erheben gegen Personen, welche für ihre Sache Bürgschaft leisten? Das Ministerium kann gewiß sein, daß es nicht vagen Sympathieen seinen Bestand verdankt; es wäre rathsam, demselben die Gewissheit zu geben, daß es nicht vagen Antipathieen geopfert werden soll. Wenn das Ministerium Brandenburg-Manteuffel überzeugt wird, daß die liberalen Fraktionen der Rechten ihm Unterstützung, aber auch nur dann und anders nicht Unterstützung gewähren wollen, wenn es im Sinne dieser liberalen Fraktionen der Rechten regiert, dann wird es entweder zurücktreten, weil es so nicht regieren mag und ist in diesem Fall aus einem vernünftigen Grunde vom Ruder des Staats entfernt, nicht dem Moloch der Revolution geopfert, oder das Ministerium Manteuffel wird an der Spitze der Regierung verbleiben und unsre Grundsätze werden die herrschenden sein. Wenn es aber getreulich um seine Sache zu thun ist, der verlangt nichts andres, als daß sie Geltung erhält. Oder sollen die Liberalen auf der Rechten, welche wissen können, daß aus ihren Reihen die Nachfolger der Herren von Manteuffel und Ladenberg hervorgehen werden, der ehemaligen Partei Rodbertus in der edlen Profession der Portefeuille-Jägerei auch nur scheinbar nachsehen? Wenn das Ministerium Brandenburg genöthigt sein soll, zurückzutreten, so muß allen Unbefangenen im ganzen Königreich einleuchten, daß seine Nachfolger, auch wenn sie den Rücktritt mitbewirkten, nur nothgedrungen und gegen bestimmte Grundsätze in Opposition waren, daß auf ihnen auch nicht der leiseste Verdacht des „Ote-toi de là que je m'y mette“ lasten darf.

Unsere politischen Freunde werden, indem sie mit der ganzen Partei unzertrennlich und in fester Treue das Ministerium Brandenburg-Manteuffel unterstützen, soweit es unser Programm nur immer zuläßt, und mit Hintanfegung aller Nebenfragen und mit Verleugnung aller Fraktions-Interessen, vielleicht sogar von der konservativ sein wollenden Presse den Vorwurf hinnehmen müssen, sie gehörten zur Regierungspartei. Wir antworten zum Voraus: nicht zur Regierungspartei, wohl aber zur regierenden Partei.

So lange das Ministerium der regierenden Partei tren bleibt, muß es der Unterstützung sicher sein.

Von dem Augenblick an, daß ein Ministerium das

Programm der regierenden Partei verleugnet, wird es unhaltbar und Opposition wird zur Pflicht. —

Kein Ministerium ist regierungsfähig, als ein Ministerium der regierenden Partei.

Die regierende Partei darf sich daher nicht spalten wegen eines Ministeriums; vielmehr hat sich das Ministerium nach der regierenden Partei zu richten.

Die regierende Partei ist die konservative und konstitutionelle, im Gegensatz zur Linken. Solange das Ministerium Brandenburg-Manteuffel der konstitutionellen und konservativen Partei treu bleibt, ist es Ehrenpflicht einer jeden Fraktion derselben, das Ministerium aufrecht zu erhalten. Sobald das Ministerium Brandenburg-Manteuffel sich von der vereinigt liberal-konservativen Partei durch die That, also z. B. in der Thronrede und bei der Abseßverhandlung, löst, so wird es bei keiner unabhängigen und ehrlichen Fraktion der Rechten Unterstützung finden, auch nicht eine Stunde länger. Endlich, solange die Konservativen und Liberalen nicht durch Zwietracht unser Land soweit verrathen haben, daß die konstitutionelle Partei gespalten, d. h. daß die regierende Partei regierungsunfähig geworden ist — was Gott verhüten wolle —, solange wird kein Mitglied der Linken geeignet sein, in den Rath der Krone berufen zu werden. (P.C.)

Berlin, 22. Februar. Unter den Gesetzentwürfen, welche zur Verathung der Kammern gelangen, wird, dem Vernehmen nach, auch eine Vorlage enthalten sein, welche die den freien Verkehr hemmenden, den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen nicht mehr entsprechenden Postzwangsgesetze aufhebt oder wenigstens mildert. Als leitender Grundsatz soll angenommen sein, daß das Postregal und der Postzwang nur in so weit bestehen bleibt, als erforderlich ist, um ohne Zuschüsse aus der Staatskasse die Mittel zu beschaffen, in allen Theilen der Monarchie, und also auch in denjenigen Gegenden, wo durch Privat-Unternehmungen die Postanstalten nicht entbehrlich gemacht werden, den Anforderungen des Publikums in dieser Beziehung genügen zu können. Die finanziellen Rücksichten, nach welchen die Postverwaltung auch noch bedeutende Ueberschüsse zu erzielen hatte, würden demnach fortfallen, und die bisher bestandenen Beschränkungen des freien Verkehrs, nämlich:

Pakete unter 40 resp. 50 Pfund, baares Geld, ungemünztes Gold und Silber u. nur mit der Post versenden zu dürfen,

keine regelmäßige Personenbeförderung mittelst Pferdewechsels zu unterhalten, und bei Reisen nach Anstufen an einem anderen Orte vor Ablauf von 24 Stunden andere Transportmittel, als der Postpferde, zur Weiterbeförderung sich nicht bedienen zu dürfen,

dahin modifizirt werden, daß den Postanstalten nur verbleibt:

das Vorrecht der Beförderung von kleineren Paketen etwa bis zwei Pfund,

das ausschließliche Recht der Briefbeförderung, und das Recht der Personenbeförderung in regelmäßigem Dienst und mit gewechselten Transportmitteln, so wie die Einrichtung der desfalligen Anstalten. (D. N.)

Der Abgeordnete zur zweiten Kammer, Herr v. Vincke, ist mit dem gestrigen Mittagezug von Frankfurt a. M. angekommen.

Es agitiren hier wieder Agenten für überseische deutsche Colonisations-Unternehmungen und verüben an leichtgläubigen Auswanderungslustigen Pressereien verschiedener Art.

In den nächsten Tagen werden die Potsdamer Jäger wieder in Berlin einrücken und die Garde-Schützen-Kaserne am Schlessischen Thore beziehen, während die jetzigen Ansassen in Privathäuser gelegt werden.

Im Großherzogthum Posen „braut's wieder!“ Zurückkehrende Reisende versichern, daß man in den kleinen Städten wieder die vornehmen Polen mit Sechsen in Masse einfahren sah zu Meetings, die nach der bisherigen Erfahrung ein sicherer Vorbote eines Sturmes sind. (N. P. 3.)

Frankfurt, 19. Februar. (173te Sitzung der Reichsversammlung.) Tagesordnung: Fortsetzung der Verathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaufe.“

Reichsminister-Präsident v. Gagern begann: Es kann dem Redner jetzt nur noch schwer werden, irgend ein neues Argument aufzufinden; inbeß, da gesagt worden ist, daß man in dieser wichtigen Sache keinen Zweifel über die Gefinnung lassen dürfe, ergreife auch ich das Wort. Ich gehöre zu der Partei, welche glaubt, daß das allgemeine Stimmrecht mit der Forderung des Gemeinwohles nicht verträglich sei; ich bin der Ansicht, daß das Stimmrecht nicht ein notwendiger Anhang des individuellen Bürgerrechts sei, leugne aber auch, daß eine Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts als Folge der Verfassungsform, die wir hier erstreben, angesehen werden müsse. Herr Vogt hat die Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts eine Lüge des Konstitutionalismus genannt; er hat uns so oft Beweise von seinem Scharfsinn gegeben, daß ich annehmen darf, er habe das, was er sagen wollte, wohl verstanden. Allein es ist nicht gut, wenn man Begriffe, die man klar in sich trägt, unklar entwickelt, und noch dazu vor der Masse, die dadurch nur zu leicht irre geführt werden kann. Will etwa Herr Vogt keinen Konstitutionalismus? Oder wollen etwa die Republikaner keine Konstitution? Wenn er sich richtig hätte ausdrücken wollen, so mußte er sagen, die Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts sei eine Lüge des Repräsentativsystems. Dies ist in gewissem Sinne richtig; allein es ist das ein Mangel, den die Monarchie mit der Republik gemein hat. Besteht aber für beide Staatsformen in der Repräsentation eine Art von Lüge, so fragt es sich nur, wie werden die Mängel am besten gehoben, wie wird die Lüge am sichersten entfernt? Die beiden Beschränkungsmittel sind: indirekte Wahlen, oder eine Steigerung der Anforderungen an den, welcher das Wahlrecht ausüben soll. Der Verfassungs-Ausschuß hat nun unter der Voraussetzung der Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts die direkte Wahl vorgeschlagen. Ich für meine Person spreche mich dahin aus, daß, wenn das allgemeine Stimmrecht nur sehr unbedeutende Beschränkungen erleidet, das Gemeinwohl allein bei indirekter Wahl bestehen kann. Nehmen sie dagegen umfassende Garantien, etwa einen Censur, an, so entscheide ich mich für direkte Wahlen. Ich habe im Großherzogthum Hessen das System der indirekten Wahlen in Vorschlag gebracht, und die Majorität der gesetzlichen Gewalten stand mir dabei zur Seite. Erlauben Sie, daß ich Ihnen die Gründe vorlese, welche ich damals für meinen Vorschlag

anführte. (Die Vorlesung erfolgte mit Zustimmung des Hauses.) Meine Gründe von damals gelten auch noch heute für mich; doch verzichte ich auf die indirekte Wahl, sobald nur das Stimmrecht kein allgemeines ist. Mit den Vorschlägen des Verfassungs-Ausschusses bin ich nicht einverstanden; ich bin gegen die Ausschließung ganzer Klassen von Bürgern nach ihrem Beruf; ich bin es um so mehr, als sich darunter Kategorien befinden, die sich in hohem Grade der Selbstständigkeit erfreuen. Dennoch weise ich mit gleicher Entschiedenheit den Vorwurf zurück, als habe der Verfassungs-Ausschuß dadurch die Arbeit schänden wollen. Die Arbeit ist Pflicht und Beruf aller Bürger, und es gereicht unserer Nation zu besonderem Ruhm, daß sie stets die schwerste aller Handarbeiten geehrt hat. Ich frage Sie, wo ist eine Nation, bei welcher der Ackerbau mehr geehrt worden, als bei uns, und wo befindet sich der Fabrikarbeiter in einem besseren Zustande, als eben bei uns? Vergleichen Sie die glückliche Lage desselben mit der der Fabrikarbeiter in einzelnen Theilen von England, wo sich unsere Seele beim Anblick des Elendes umwendet. — Man hat hier gesagt, das Mißtrauen sei eine Pflicht der Freiheit. Soll das so viel heißen, als: eine Aufmerksamkeit auf die Handlungen und die gesammte Thätigkeit der Verwaltung, so ist das in der Ordnung; ich habe diese Pflicht mein ganzes Leben lang geübt. Allein das ist kein guter Weg, Mißtrauen der unteren Klassen gegen die Besitzenden anzuregen; das ist ein Verbrechen gegen die Civilisation. (Lebhafter Beifall.) Ich bin gegen den Ausschluß einzelner Volksklassen bei der Verathung des Gemeinwohls, denn wir haben kein eigentliches Proletariat. Wir haben keine eigene Dienstboten und auch keine Arbeiterklasse. Bei uns sind es die jungen Leute beiderlei Geschlechts, welche durch Dienst sich die Kenntnisse und den Besitz für das Leben erwerben. Aus den Dienenden und den Arbeitern gehen bei uns die Männer hervor, welche eigene Geschäfte betreiben und wieder andere anlernen. Ich fordere daher nur, daß die Jugend nicht eher zur Ausübung von Rechten zugelassen wird, als bis sie deren Bedeutung erkennt. Deshalb werde ich für einen mäßigen Censur stimmen, nach dem Amendement des Herrn G. Bessler („Wähler ist jeder Deutsche, welcher 1) das 25ste Lebensjahr zurückgelegt hat und 2) mindestens entweder a. 5 fl. 15 kr. rhein. (3 Rthlr. preuß.) direkte Steuern jährlich an den Staat entrichtet, oder b. ein jährliches Einkommen von 350 fl. rhein. (200 Rthlr. preuß.) oder c. ein Grundeigenthum zum Werthe von 350 fl. rhein. (200 Rthlr. preuß.) hat“). — Meine Herren, wir haben persönliche Freiheit im weitesten Anfsange; wir dürfen politische Rechte nicht im Widerspruch damit beschränken; aber sorgen wir durch maßgebende Bestimmungen bei der Ausübung politischer Rechte dafür, daß der Bürger in seinem Hause und der Landmann auf seinem Grundstücke sich wohl fühlen kann, ohne den Angriff der Massen fürchten zu müssen! (Ausklopfender Beifall im Centrum und rechts.) — Eisenstuck von Chemnitz war nur bis auf die Bestimmung des Lebensalters mit den Vorlagen des Verfassungs-Ausschusses einverstanden, in aller anderen Beziehung habe er bei Lesung des Entwurfs gedacht: Herr, vergieb ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun. (Heiterkeit.)

Die Debatte wurde geschlossen, und indem noch in Bezug auf die große Anzahl der eingelaufenen Verbesserungsvorschläge die Unterstützungsfrage gestellt war, wurde die Sitzung um 2 Uhr aufgehoben und die nächste, für den Schlußvortrag der Berichterstatter und die Abstimmung, auf morgen angesetzt.

Frankfurt, 20. Februar. (174te Sitzung der Reichsversammlung.) In der heutigen Sitzung kamen die §§. 1 und 2 des Wahlgesetzes zur Abstimmung. Die Versammlung erhob Folgendes zu ihrem Beschluß.

Für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaufe sollen folgende Bestimmungen gelten:

Artikel 1.

§. 1. Wähler ist jeder unbescholtene Deutsche, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 2. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

- 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, oder über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, und zwar letztere während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallitverfahrens;
- 2) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten, der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben. (D. N.)

Frankfurt, 19. Februar. Die Preussische Note ist angekommen. Preußen besteht mit würdiger Mäßigung auf seinem und jedes Deutschen Staates Recht, sich enger zu vereinigen; es besteht auf dem Bundesstaate, in welchen zu treten Niemand gezwungen, aber auch Niemand abgehalten werden dürfe. — Bereits haben die Bevollmächtigten mehrerer Staaten die Wünsche ihrer Regierungen wegen der Verfassung vorgetragen. Die Bedenken, welche sich auf Heerverfassung, Flakzölle u. s. w. beziehen, werden bei der zweiten Lesung gewiß gebührende Berücksichtigung finden.

Frankfurt, 16. Februar. Gestern Abend war hier eine große Bewegung in den Kasernen. Das Gerücht hatte sich verbreitet, es sollten die Kanonen vernagelt werden; sie wurden deshalb von den öffentlichen Plätzen in verschlossene Räume gebracht. Um 10 Uhr waren mehrere Straßen gesperrt und besonders der Götheplatz (die Allee), wo jetzt die Pferdeställe der Kavallerie sich befinden. Was man sich früher nur insgeheim und im Vertrauen mittheilte, ist jetzt zur Öffentlichkeit geworden: Spione lauern und lauschen überall, in Gast- und Rasseehäusern, sogar auf den Galerien des Parlaments. (R. 3.)

Oesterreich.

Wien, 18. Februar. Die sogenannte Erklärung unsers Kabinetts in Frankfurt beginnt schon ihre bitteren Früchte sowohl dort, als in unsern deutschen Provinzen zu tragen. Sowohl die Oppositions-Journale als selbst die der Regierung huldigenden Blätter machen mehr oder minder kein Hehl daraus, daß diese in Bombast gehüllte, nichts sagende Verfügung an den Kaiserlichen Bevollmächtigten weder in ihrer Haltung noch in ihren Argumenten dazu geeignet sei, der preussischen Circularnote vom 23. Januar ein Bein unterzustellen und die zweite deutsche Großmacht aus dem Felde zu schlagen, nicht genug, daß dies Reskript unter den hochtrabendsten Worten die Schwäche des Gouvernements, thatkräftig für seine alten, leider nur immer zum Unglück von Deutschland gehandhabten Rechte einzuschreiten, in seinen Negationen klar zu Tage legt, so entwickelt es auch Theorien, die zu sehr an die Zeiten eines Ferdinand des Zweiten erinnern,

um dem heillosen Deutschland nicht die Ueberzeugung zu verschaffen, daß das Haus Habsburg nur zu gern zu seinen alten Gelüsten zurückkehren möchte, sich von dem zerrissenen heiligen Reich zu seinen Zwecken die Kastranen aus dem Feuer holen zu lassen.

Unser weises Ministerium, in seinen eifrigen Studien der Vorzeit und dem Nichterkennen der Gegenwart, ist denn doch über die Aufnahme, die seine wider alle Regeln der offenen Fechtkunst angewendete Finte gegen Preußen in Frankfurt gefunden hat, etwas verdutzt und in corpore nach Wien gerückt, um neue Berathungen zu pflegen.

Das von den Kroaten eingereichte Memorandum hat auch nicht wenig dazu beigetragen, über den allerdings nur so hingeworfenen Passus jener Verfügung an Herrn v. Schmerling, der eine Vereinigung des Gesamt-Oesterreichs mit Deutschland in Aussicht stellt, zu erschrecken, denn daß jene Nation, die doch eigentlich in ihrer heroischen Aufopferung der Retter der Monarchie gewesen, keinesweges gesonnen ist, ein quasi tributärer Stamm der Deutschen zu werden, sondern seine angestammten politischen Rechte mit Ungarn, aber nicht unter demselben aufrecht zu erhalten, das sagt dies Memorandum, welches schon in das Gebiet der Tages-Literatur übergegangen ist, ganz unverhohlen.

So wie selten ein Unglück allein kommt, so hat das Ministerium auch wieder in Krenfster durch die von dem Reichstage in einer 10stündigen geheimen Sitzung verweigerte Zustimmung zu der gerichtlichen Untersuchung gegen den Abgeordneten Raim aus Krumau einen harten Schlag bekommen, indem hierdurch die Absicht der Auflösung des Reichstags fast zur Nothwendigkeit wird. Denn wie kann man mit diesem Landtage leben, der seinen Mitgliedern allen bürgerlichen Rechten Hohn spricht und durch seine Thaten den Widerstand des Volks von Neuem belebt. Unter welcher Form aber soll man die so lange verschobene Auflösung jetzt herbeiführen, ohne die Brandfackel der offenen Empörung nicht wieder in alle Gauen des Vaterlandes zu schleudern? Den günstigen Moment ließ man ungeachtet vorübergehen, und wenn auch über die Unfähigkeit und den bösen Willen unserer Volksvertreter nur eine Stimme ist, und sich sogar der Volkswitz schon über sie ergießt, wie bei Gelegenheit eines neuen Stücks in der Josephstadt, „der Geister Reichstag“, derselbe auf die Frage, ob das Stück eine Parodie von Krenfster wäre, äußert, daß dies nicht möglich sei, weil dort kein Geist zu finden, — so wird trotz dem eine gewaltsame Maßregel doch in den Provinzen eben so wie in Wien mannigfache Verlegenheiten und Kravalle verursachen. (D. Ref.)

Wien, 18. Februar. Der Bau der vier Forts um Wien, am Lärberge, im Prater, auf der Schmelz und vor der St. Marter Linie soll jetzt in Angriff genommen werden. Das erstere, welches als das stärkste bezeichnet wird, soll nicht weniger als 8000 Mann fassen. — Die Konstanzer der Matlage — seligen Andenkens, wo sie an einem Tage entstanden und wieder verschwanden — sollen hier wieder eingeführt werden. — In Pesth will man wissen, daß die Universität nach Tyrnau und die Diskasterien nach Preßburg verlegt werden sollen. — Sämmtliche Minister, so wie mehrere Abgeordnete sind gestern von Krenfster angekommen und dürften hier einige Tage verweilen.

Der Bote für Tyrol enthält folgendes letztes Schreiben des in Pesth erschossenen Tyroler Majors Söll vom 29. Januar: Lieber Vetter! Ich grüße Dich vielmals! Gott gebe, daß meine Zeilen Dich in guter Gesundheit antreffen. Ich weiß, Du wartest schon lange auf ein Schreiben, aber leider, es war nicht möglich, Dich von meiner Lage in Kenntniß zu setzen, jetzt aber schreibe ich Dir etwas, was Du nicht gehofft hättest. Als ich von Dir, von der Base und den Kindern Abschied genommen habe und weggereiset bin, habt Ihr mir alle Glück gewünscht, die Base sagte mir, sie wird mich öfters in ihr Gebet einschließen, daß ich glücklich lebe; aber leider ist es aus, das glückliche Leben. Als ich aus unserem Vaterlande wegzog, ging ich, wie Du weißt, nach Wien und von Wien nach Pesth, wo mein armer Vater gestorben ist, zu meiner Mutter, um wieder mein altes Geschäft zu treiben. Ich hatte nichts als mein Schützengewand, und wurde darin in Pesth gesehen. Mehrere Offiziere, die mich auch sahen, haben mir gleich zugeredet, ich solle Dienste annehmen und solle für das Land kämpfen, wo sich mein Vater und ich unser Brod verdient hatten, und ich Unglücklicher that es; so Elende haben mich verführt und betrogen! Sie ließen mich zu meinem Kaiser schwören, und sagten mir, sie werden mich nach Siebenbürgen gegen die Wallachen ins Gebirg schicken. Sie machten mich zum Hauptmann, gaben mir 140 Fl. C.-M. auf Monatsbezahlung und schickten mich nach Preßburg, wo ich gegen Oesterreich und meinen Kaiser kämpfen sollte. Dann sah ich wohl, daß ich auf ewig verloren sei. Ich kann Dir nicht viel schreiben, vielgeliebter Vetter! ich bin dann Major geworden, genoss aber das glänzende Glend nicht lange, ich bin in meiner Majors-Uniform vielleicht sechs oder acht Tage gewesen; ich war auch schon in der Meinung, von den ungarischen Rebellen wegzugehen, wurde aber auf dem Rückweg in Pesth gefangen genommen und dem Militärgerichte übergeben, und weil ich die Treue gegen meinen Kaiser gebrochen habe, bin ich nun zum Tode verurtheilt. Grüße mir alle guten Freunde, besonders den Hauptmann Penz und alle Schützen, die oft Vivat, es lebe Lieutenant Söll! gerufen haben, sag' ihnen, ich bitte sie, kurz vor meinem Tode noch, sie möchten mir alle verzeihen, daß ich mich so weit vergessen habe. Es ist nicht allein meine Schuld, ich bin verführt worden, und habe unferm treuen Land Tyrol Schande gemacht. Ich bitte noch einmal, verzeiht mir, und schimpft mir nicht ins Grab nach; denn ich bin genug gestraft. Liebet immer Eure schöne Ordnung wie bisher. Ich grüße alle Freunde und Bekannte von Zell und Jügen, auch die Herren Penz und Lang. Euer aufrichtiger unglücklicher Vetterfreund, Vitalus Söll.

Frankreich. Paris, 19. Febr. Bei Eröffnung der National-Versammlung beantragte Pelletier, unterstützt von mehreren andern Lyoner Repräsentanten, die Wiederbewaffnung der Nationalgarde Lyons. Letzten Juli war sie durch den Präsekte aufgelöst worden. Léon Faucher, der Minister des Innern, entgegnete, die dortige Nationalgarde, wie sie nach dem Februar reorganisiert wurde, in ziemlich unregelmäßiger Weise, habe Leute in ihren Reihen gehabt, deren Händen man nicht ohne Gefahr die Waffen anvertrauen könne. Die Reorganisation, die der Präsekte allerdings sofort versprochen habe, sei den Ministern nicht angemessen erschienen. In Lyon gäbe es nicht allein Stoff zum Bürgerkriege, sondern selbst zu einem sozialen Kampf; es stehen sich dort gleichsam zwei Observationskorps gegenüber, welche man zu versöhnen trachten müsse. Die beiden Lyoner Deputirte Ferrouillat und Rivet theilen die Ansicht des Ministers, wogegen

der Vertreter der Lyoner Rothten, Lagrange, „im Namen der Ehre, im Namen des Vaterlandes, im Namen der dem mächtigen Institute der Nationalgarde schuldigen Achtung“ verlangt, daß die Stadt Lyon nicht eines so kostbaren Rechtes beraubt werde. Der Zwischenfall hatte keine weiteren Folgen.

Nach Allem, was man aus den Provinzen vernimmt, tritt in denselben das Verlangen nach der Herstellung der Monarchie mit immer größerer Kraft hervor. Es werden in dieser Beziehung eine Menge interessanter Anekdoten erzählt. So soll ein Reisender, der so eben den Norden Frankreichs besucht hat, in einer Provinzialstadt einen Gastwirth gefragt haben, ob es viele Republikaner in seinem Departement gebe. „Ach nein,“ war die Antwort, „wir haben nur Wenige.“ — „Nun doch wohl einige Tausende?“ — Nein, das nicht; es sind ihrer sieben, und diese sind jetzt in der Nationalversammlung. Andere giebt es nicht mehr.

Italien. Rom, 10 Februar. Die gestern erfolgte Proklamation der Republik von der Höhe des Kapitols war eben kein sehr erbauliches Schauspiel. — Ein Volk, erbt vom Barrikadenkampfe, mag in seinen blutigen Lampen vielleicht etwas furchtbar Großartiges haben, wenn es, seine Souveränität proklamirend, der Republik Vivats schreit; desto kleinlicher aber erscheint es, wenn bezahlte Proletarier als seine Repräsentanten vorgeführt werden. So geschah es gestern hier. Um den Chor der Eoviiva's stärker erschallen zu machen, waren einige Hundert auf Staatskosten beschäftigter Arbeiter, geschmückt mit grünen Reisern, aufs Kapitol beordert, wo sie in Kolonnen aufmarschirten, die Elite der eigentlichen Erdbarbeiter der Spaten als Gewehre handhabend; ein an einen Stock gebundenes tricolores Halstuch bildete die Fahne. Die Volksmenge war anfangs wenig zahlreich; der hier als politischer Dichter bekannte Schärer aus der Romagna unterhielt sie durch oft wiederholte Reitationen. Die Paläste des Senats und der Konservatoren waren in der Eile mit dreifarbigem Fahnen geschmückt; die Tricolor-Fahne des Thurmes, die rothe Freiheitsmütze aufgesetzt. Erst gegen 3 Uhr kündigte Musik das Nahen der National-Versammlung an, welche im Geleite von Civica, Legionairs und Carabinieri den Platz betrat: die Mitglieder trugen, wie bei der Eröffnung, tricolore Schärpen. Mamiani, der Hauptopponent gegen die augenblickliche Erklärung der Republik, schien mir zu fehlen. Von der provisorischen Municipal-Kommission, welche die abgetretene Municipalität ersetzt, eingeholt, begab man sich auf die hohe Treppe des Senatorenpalastes. Galetti, als Präsident, umgeben von den Ministern, zu seiner Seite die Fahne des Circolo popolare, die mit rother Mütze gekrönt war, trat an die Brüstung vor und verlas mit starker Stimme das Dekret. Jubelgeschrei folgte jedem Paragraphen, am allgemeinsten dem zweiten über die geistliche Unabhängigkeit des Papstes. Beim dritten entblühten Deputirte und Präsident das Haupt, viele Zuschauer desgleichen, und als nun zum Schlusse die Glocken läuteten und die Kanonen donnerten, da wollten freilich die Eoviiva's auf das souveräne Volk, die Republik, Italien kein Ende nehmen. Fahnen- und Hutschwenken von oben her feuerte immer zu neuer Anstrengung an, und Cicernachio ermangelte nicht, mit gutem Beispiele voranzugehen. (D. Ref.)

Ferrara. Die Andeutung über ausgebrochene Unruhen in Ferrara wird durch die neueste Mailänder Zeitung bestätigt. Schon am 6. d. M. wurde der Major Baron Blumenkron, als er sich mit mehreren anderen Offizieren aus der Citadelle in das in der unteren Stadt belegene Militärhospital in Dienstangelegenheiten versetzte, von einem Haufen zusammengekauften Gesindels insultirt, so daß sich die Herren mit gezogenen Säbeln den Rückweg durch die Menge bahnen mußten. In Folge dessen erschien auf die von dem Festungskommandanten erlassene Drohung, sofort die Stadt zu bombardiren, noch am nämlichen Tage eine aus Gliedern der Civica und der Linie bestehende Deputation in der Festung, die sich demüthig entschuldigte und feierlich versprach, daß ähnliches nicht wieder geschehen werde. Dessen ungeachtet wiederholte sich die Scene schon am nächstfolgenden Tage. Der Major Baron Blumenkron wurde mit den ihn begleitenden Offizieren ausgeziffert, beschimpft, ja mit Steinwürfen verfolgt; zwei Soldaten, die sich im Dienste aus der Festung in die Stadt begaben, wurden tödtlich verwundet, so daß sie, der eine noch am nämlichen, der andere am darauf folgenden Tage starben, und der Oberlieutenant Caracin wurde in der Nähe des Kastells durch einen Schuß am Arme verwundet. Hierdurch war die Geduld des Kommandanten erschöpft, und er ließ um halb 1 Uhr Mittags drei Kanonenschüsse auf die Stadt abfeuern, was die beste Wirkung hervorbrachte, indem sogleich eine neue Deputation, bestehend aus dem Gonfaloniere der Stadt, dem Obristen der Civica und einem Gliede der provisorischen Regierung, erschien und demüthig um Schonung für die Stadt bat, die ihr auch gegen das feierliche Versprechen, die Ruhe aufrecht zu erhalten, sofort gewährt wurde. In der Stadt war es mittlerweile zum Kampfe zwischen der Civica und dem Pöbel gekommen, die Ordnung ward jedoch wieder hergestellt. (D. N.)

Vofales. Stettin, 23. Febr. Nachdem gestern früh das hier garnisirende Füsilier-Bataillon des Königs-Regiments von hier dislocirt und mit dem Bahnzuge nach Berlin befördert wurde, traf am Abend ein Bataillon des 24sten Inf.-Regiments ebenfalls per Extra-Bahnzug hier ein, um hier in Garnison zu verbleiben. Ein zweites Bataillon desselben Regiments soll, dem Vernehmen nach, morgen eintreffen.

Oesterreichische Annäherung. Von den Worten, womit der ministerielle Lloyd die österreichische Note begleitet, verdienen einige beachtet zu werden: „Wir geben in einer andern Copie den Abdruck der österr. Note, welche der Regierung Deutschlands Aufschluß über die Stellung Oesterreichs zu jenem Lande giebt.“ „Wenn die Konstitution Deutschlands in der Weise fortschreitet, daß ein deutscher Fürst an die Spitze des Staats gestellt werden muß, so wird dieser Fürst dem Hans Habsburg angehören. Diese Ueberzeugung schöpfen wir (sehr schöpferisch!) aus der Ueberzeugung des deutschen Volks. Preußen hatte ein freies Feld für sich, aufsteigend ohne Gegner. Es hatte Chancen für sich, die es schwerlich jemals wieder gewinnen wird. Oesterreich hielt sich fern und räumte das Feld seinem Rivalen. Und doch konnte dieser dasselbe nicht behaupten.“ „Eine schwere Aufgabe ist zu lösen, wie die Integrität des österreichischen Kaiserstaats unverkümmert aufrecht erhalten und doch die engste Verbindung mit Deutschland erzielt werden kann. Sie wird die Minister,

den Reichstag (d. h. den österreichischen!) und die Presse beschäftigen," — "wir fühlen uns beruhigt in der festen Ueberzeugung, daß jene Aufgabe gelöst werden kann und gelöst werden wird."

Ein Korrespondent des Lloyd (N.) aus Frankfurt schreibt: „Hätte die Note (die österreichische) gesagt, Oesterreich hat nichts gegen den Bundesstaat einzumenden, aber es beansprucht die Leitung desselben, so wären der Note alle Herzen zugeschlagen.“ D zarte Sehnsucht, süßes Hoffen! Si oiseau j'étais! — Weiterhin: „Die preussische Suprematie aufzugeben, um den Bundesstaat zu retten, ist jeder bereit.“ Auch Gagern, auch jeder Preuße! Schwieriger aber ist es, die österreichische Suprematie auf Kosten des Bundesstaats zu retten!!!

Mittlerweile erklärt Schmerling dem deutschen Justizminister, daß Oesterreich, wegen seiner außerdeutschen Komplexe, also aus Gründen, welche fortauern, sich zu jedem Reichsgesetze die besondere Zustimmung vorbehalte, ganz gemäß der Erklärung vom April 1848. Wir müssen jene Gründe für stichhaltig anerkennen, aber auch endlich einsehen, daß das Direktorium oder irgend eine andere Form der Centralgewalt, also das Verzicht auf das Kaiserthum, uns Oesterreich nicht um Einen Schritt näher bringt. Entweder wir müssen der österreichischen Regierung uns unterwerfen, oder auf jede Regierung verzichten. Im ersten Fall ist der deutsche Bundesstaat verloren, im zweiten Fall der deutsche Bundesstaat, beide Mal — „ist die österreichische Suprematie auf Kosten Deutschlands“ gerettet. Oder bleibt uns ein drittes? Das Gagern'sche Programm! (P. C.)

Stettin.

Das Jahr der Revolutionen ist beendet. Frankreich fing das Jahr der Errungenschaften an, es eröffnete den Barrikaden-Keigen am 24. Februar v. J. Oesterreich folgte, sein Ungarn nebst Italien revoltirte, und selbst Preußen, d. h. Berlin, improvisirte am 18. März eine Revolution. Ludwig Philipp mußte den Juli-Thron verlassen, ihm folgte nach England der vorher im Bildnisse aufgehängte Metternich, und selbst Nadeßky wurde aus Mailand vertrieben. In allen Ländern lauter Freiheiten, nichts als Errungenschaften. Die Freiheit wurde zur Frechheit, die Errungenschaften bestanden in Uebertretungen der Gesetze, und Beides wurde schwer gebüßt. Die erste Buße litt Frankreich, das in Paris, mit den Kugeln im Gewehr und den haarscharfgeschliffenen Säbeln im Juni-kampfe 10,000 Menschen tödtete; in richtiger Folge kam Oesterreich, das Mailand im September, so wie Wien im Oktober nach eben so schweren Verlusten zur Befolgung der Gesetze anhielt. Ludwig Philipp sowohl wie Metternich erhielten durch diese Kämpfe ein blutiges Sühnopfer, gräßlicher als die Demokraten Alt-Griechenlands es den erzürnten Göttern brachten. Den Völkern haben die Revolutionen, d. h. die gewaltsame Umstürzung der Staatsverfassung, nur geschadet! War denn der Preis für die Wähler selbst, die solche Umstürzung mit Haaren herbeizogen, so ausgezeichnet groß? Wo ist denn Louis Blanc, Ledru Rollin, Lamartine, Hecker, Messenhauer, R. Blum u. c.? Was wurde aus Karl Albert? selbst aus dem edlen Papst, einem Pius IX. Binnen 12 Monden sind sie, die an der Spitze der Völker vergöttert wurden, zurückgedrängt wegen ihrer Unfähigkeit, vertrieben, landesflüchtig, ja getödtet. Blutig ist die Anarchie in zwei von der Revolution ergriffenen Großmächten unterdrückt worden, glücklicher war die dritte Großmacht, welche auch Revolution zur Gesellschaft mitmachte. Diese Großmacht, sie ist — Preußen.

Preußens 18. März mit der Anarchie im Gefolge, wie die Erstürmung des Zeughauses, das Vernageln des Konzertsales u. c. waren Kinder einer Mutter, der dem Deutschen gleichsam angeerbten Nachäffung der Franzosen. Haben wir Vortheil von dieser Nachäffung, diesen Errungenschaften der Berliner? Was ist denn unser Vaterland unter dem Ministerium des Uebergangs, so wie unter dem der That geworden? Was unter einem Pfoel? Die beglückenden Theorien eines Hansemann, sie führten zum Jagdgesetz, zur Abschaffung der Todesstrafe, des Adels, der Orden, der Gnade Gottes, durch die unselige National-Versammlung. O, diese Fraktion Unruh, sie hätte noch Vieles wie die Steuern u. c. abgeschafft, wäre nur dieser Brandenburg in Begleitung eines Teufels von Mann nicht erschienen und hätte dies unruhige Kumpf-Parlament selbst abgeschafft. Wer wollte es den Berlinern, namentlich der respektablen Sorte der Bummier, übel nehmen, daß sie böse auf Brandenburg sind, der ihnen solch herrliche Unterhaltung, wie Minister aufhängen u. c., entzog? Wir gewiß nicht. Die Führer der Demokratie noch viel weniger. Für diese Herren könnte die Stimmung der Bummier nur erwünscht sein. Ihre durch Piesig enthielten Verteidigungspläne zum Schutze der Fraktion Unruh und der glorreichen Errungenschaften, mögen sie ausgeschmückt sein wie sie wollen, möge ein Jeder davon so viel glauben, wie seine christliche Natur ertragen kann, wir wollen hoffen, daß unsere politischen Gegner, z. B. der Bericht-erstatte der „Neuen Stettiner“ u. c., welche doch eben auch Preußen, also Mitglieder eines Militairstaats, wie wir selbst, sind, so viel wenigstens in der Bürgerwehr gelernt haben, daß es Wahnsinn wäre, regel- und planlos den Straßen-Kampf gegen eine darauf vorbereitete und mit dem besten Geiste besetzte Armee zu unternehmen. Die demokratischen Führer mögen es Alles gut überlegt haben, aber sie vergaßen dabei nur Eins, dies Eine war aber die Hauptsache. Diese Hauptsache ist eine in ganz Preußen sprichwörtliche Eigenschaft der Berliner, welche leider im Auslande jeder Preuße durch plumpe Stichwörter büßen muß. Diese Eigenschaft der Berliner, „ihre Redefertigkeit, ihr Mutterwitz“ verließ sie nicht, als sie Brangels Bayonnette sahen, hieran scheiterten die Pläne der Demokraten, der Berliner Genius des Witzes er fand zum Wohle des ganzen Vaterlandes „den passiven Widerstand.“ Und mit dieser schon sehr alten Errungenschaft der Redefertigkeit hatte Berlin in den Augen der Welt „seine Ehre“ gerettet. Alles verloren: Lindenklub, Tonnen-Müller, Karbe, Held, Birgerwehr — aber die Ehre nicht. Die Demokraten machten gute Miene zum bösen Spiel, als sie sahen, daß die Berliner die Kastanien, welche bereits im Juni in Paris und im Oktober in Wien im Pulverdampfe verbrannt waren, nicht durch einen neuen Barrikadenkampf retten wollten.

Durch Zugänge wollte man Berlin ermuntern, aber auch diese bequemten sich in der Nähe Berlins zu einem „passiven Widerstande“ oder machten es wie der Stettiner Zug, der in Bernau Revolution spielte. Wenig dürfte es bekannt sein und für eine Piesig*) noch eine reiche Ent-

*) Vielleicht die „neue Stettiner“, die auf Entdeckungsreisen, die Korrespondenten der Stg. „zufällig“ entdeckt, und ausposaunt!

deckung abgeben; daß nach Stettin am 12. November v. J. ein Dr. als Abgesandter der Demokratie Berlins erschien; die Führer der hiesigen Demokratie auf die Sache sofort eingingen, den Volksverein für permanent erklärten, den großartigen Putz durch das stadtbekannte Lügenplakat vom Ober-Tribunal, bei Bachenhufen gedruckt, vorbereiteten, und sich in der Nacht in Masse zum Overbürgermeister so wie zum Kommandanten begaben, wo sie gefezwidrige Forderungen machten, und mit Aufruhr drohten. In dieser nächtlichen Zusammenkunft der Behörden, mit den Führern der Demokratie, meist jungen Beamten, fiel das inhaltsschwere Wort: „Stettin in Belagerungszustand.“ Zur Ehre unsrer Vaterstadt ist es bis jetzt noch nicht so weit gekommen, noch halten die Meisten an ihrem Eide, am Gesetze fest, und es wäre wünschenswert, daß es bei uns wie in ganz Preußen stets so wäre. Dann werden wir auch die vor uns liegenden gewitterschweren Tage überwinden, und in diesen schweren Kämpfen möge da unsere Armee, die uns schon einst durch ihre Treue errettete, darin so beharren, daß die Nachwelt stets, wie ein hiesiger Wehrmann (Nr. 42 d. Stg.) von ihr sagen kann

Wie auch immer Preußens Würfel fallen,
Glorreich wird es aus dem Kampfe gehn,
Wenn der Truppen Kriegsgefänge schallen,
Und die Streiter trenn zum Throne stehn.
(Fortsetzung folgt.)
Auflagekammer der freien Presse.

Berliner Börse vom 22. Februar.
Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und
Geld-Course.

	Zinssuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinssuss.	Brief	Geld	Gem.
Preuss. frw. Anl.	5	101 1/2	101		Pomm. Pfbr.	3 1/2	92	—	
St. Schuld-Sch.	3 1/2	80 3/4	79 3/4		Kur- & Nm. do.	3 1/2	—	91 1/2	
Sech. Präm-Sch.	—	99 1/8	98 7/8		Schles. do.	3 1/2	—	—	
K. & Nm. Schuld.	3 1/2	—	—		do. Lt. B. gar. do.	3 1/2	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	—	—		Pr. Bk. Auth-Sch.	—	89	—	
Westpr. Pfbr.	3 1/2	85 3/4	85 1/4						
Grosch. Posen do.	4	—	96		Friedrichsd'or.	—	13 3/4	13 1/2	
do. do.	3 1/2	—	81 1/4		And. Gldm. a 5 thr.	—	12 3/4	12 1/4	
Ospr. Pfandbr.	3 1/2	—	90 1/2		Disconto	—	—	4 1/2	

Ausländische Fonds.									
	Zinssuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinssuss.	Brief	Geld	Gem.
Russ. Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfbr.	4	91 1/2	91 1/2	2 3/8
do. b. Hope 3 1/2 a.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	74 1/2	—	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	100	—	
do. Stiegl. 2 1/2 a.	4	87 1/2	—		Hamb. Feuer-Cas.	3 1/2	—	—	
do. do. 5 a.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl.	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lat.	5	108	107 1/4		Holl. 2 1/2 o/o Int.	2 1/2	—	—	
do. Poln. Schatzb.	4	72 3/4	71 7/8		Kurb. Pr. O. 40 th.	—	—	—	27 5/8
do. do. Cert. L. A.	5	84 1/2	—		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	13 3/4		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	16 1/2	
Pol. Pfbr. a. a. C.	4	—	—						

Eisenbahn-Actien.									
Stamm-Actien.		Zinssuss.	Reinnet 47	Tages-Cours.	Priorit.-Actien	Zinssuss.	Tages-Cours.		
Berl. Anh. Lit. A. B	4	77½	B.		Berl-Anhalt	4	88½ B.		
do. Hamburg	4	2½	53 B.		do. Hamburg	4½	93½ B.		
do. Stettin-Stargard	4	68½	B.		do. Potsd.-Magd.	4	84 B.		
do. Potsd.-Magdebg.	4	457½	R.		do. do	5	95 B.		
Magd.-Halberstadt	4	7110½	B.		do. Stettiner.	5	102¾ G.		
do. Leipziger	4	15			Magdh.-Leipziger	4	—		
Halle-Thüringer	4	—	50 bz.		Halle-Thüringer	4½	85¾ B. ¼ G.		
Cöln-Minden	3½	—	78½ bz.u.G.		Cöln-Minden	4½	93½ B.		
do. Aachen	4	4	51 B.		Rhein. v. Staat gar.	3½	—		
Boan-Cöln	5	—			do. 1 Priorität.	4	—		
Düsseld.-Elberfeld	4	4½			do. Stamm-Prior.	4	86½ G.		
Steele-Vohwinkel	4	—	36½ B.		Düsseld.-Elberfeld	4	—		
Niedersch. Märkisch.	3½	—	72 B.		Niedersch.-Märkisch.	4	86¾ B.		
do. Zweigbahn	4	—			do. do	5	99½ B.		
Oberschles. Lit. A.	3½	6	93 B.		do. III. Serie.	5	94½ B.		
do. Lit. B.	3½	6	93 B.		do. Zweigbahn	4½	—		
Cosel-Oderberg	4	—			do. do.	5	80 G.		
Breslau-Freiburg	4	5			Oberschlesische	4	—		
Krakau-Obereschles.	4	—	38 B.		Cosel-Oderberg	5	95½ G.		
Bergisch-Märkische	4	—	58 B.		Steele-Vohwinkel	5	87½ B.		
Stargard-Posen	3½	—	70½ bz.u.B.		Breslau-Freiburg	4	—		
Brieg-Neisse	4	—							
Quittungs-Bogen.					Ausl. Stamm-Actien.				
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—		Dresden-Görlitz	4	—		
Magdel.-Wittenberg	4	60	—		Leipzig-Dresden	4	—		
Aachen-Mastrecht	4	30	—		Chemnitz-Risa	4	—		
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—		Sächsisch-Bayerische	4	—		
Ausl. Quittgs.-Bogen.					Kiel-Altona	4	88½ B.		
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—		Amsterdam - Rotterdam	4	—		
Pesther 26 Fl.	4	90	—		Mecklenburger	4	35½ bz.u.G.		
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	3736¾ a ½ bz.						

Barometer- und Thermometerstand
bei C. F. Schulz & Comp.

	Februar.	Therm.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reducirt.	22	331,48'''	328,85'''	327,03'''	
Thermometer nach Réaumur.	22	— 0,4	+ 1,6°	+ 2,3°	

Deutschland.

München, 15. Febr. Die Abgeordneten-Kammer hat endlich gestern wieder eine öffentliche Sitzung gehalten, die jedoch, außer der wiederholten Verwahrung des Abgeordneten von Scheuerl gegen die auf Anlaß des Dr. Müller bewerkstelligte Rundgebung gegen das preussische Primat und die „Ausstoßung“ Oesterreichs, nichts Bemerkenswerthes darbot. Derselbe Abgeordnete Dr. Müller, welcher die Manifestation gegen ein preussisches und gegen ein deutsches Kaiserthum überhaupt zu Stande brachte, hat noch vor 4 Wochen Unterschriften für eine von ihm abgefaßte Adresse an die deutsche National-Versammlung gesammelt, in welcher um Uebertragung der deutschen Kaiserwürde auf einen bayerischen Prinzen und resp. auf die Krone Wittelsbach petitionirt war.

Kassel, 14. Febr. Die Wirkung der österreichischen Note ist hier so entschieden und weitgreifend wie möglich gewesen. Wenn schon bei den letzten Kammerverhandlungen über die deutsche Verfassungsfrage nur drei Stimmen sich gegen das preussische und nur zehn gegen das erbliche Kaiserthum fanden, so können Sie jetzt in nächster Frist mit gleichem Stimmenverhältniß die Annahme des Henkel'schen Antrags erwarten: die Kammer erkläre laut und offen, daß nach ihrer Ansicht es Pflicht der Nationalversammlung sei, die österreichischen Mitglieder bei den Abstimmungen über die deutsche Reichsverfassung nicht mehr mitzuzählen. Die letzten Vorgänge in der bayerischen Kammer haben die Ansicht nur befestigen können, nicht länger ein solches Zeugniß der hiesigen Stimmung zurückzuhalten; wenn irgendwo, ist bei diesem Gegenstände die Kammer sicher, die Meinung ihrer Wähler in sich zu haben. Gerade Kurhessen hat zu lange die Einflüsse der österreichischen Bundesstagespolitik empfinden müssen, als daß nicht jeder Nerv bei dem Gedanken zucken müsse, es solle sich die Lockerheit des alten Staatenbundes und damit ein vergrößerter Einfluß Oesterreichs auf unsere Verhältnisse wieder erneuern. Unsere Regierung hat eine Weile Bedenken getragen, entschiedene Meinung zu zeigen; man wollte sich nicht im Fall eines ungünstigen Ausgangs kompromittirt haben; jetzt aber, nachdem der materielle Inhalt der österreichischen Pläne, die Kreiseinheitung u. bekannt geworden, wird auch sie nicht säumen, mit der Kammer gleichen Schritt zu halten. Letztere wird wohl noch mehrere Wochen zusammen bleiben, ehe die ersten Wahlen nach dem neuen Wahlgesetze stattfinden; man hat überhaupt an eine sofortige Auflösung niemals gedacht. Die eben beginnende Berathung des zugleich mit dem Wahlgesetze proposirten Budgets ist Grund genug für die einstweilige Fortdauer der Kammer, welche noch dazu den bedeutenden Vortheil gewährt, daß man über die Entstehungszeit der Reichsverfassung mit der einmal bekannten und erprobten Versammlung hierüber klar wird. Die Zuverlässigkeit und Unzugänglichkeit derselben gegen alle faktische Bestrebungen zeigte sich noch vorgestern bei einem heftigen Angriffe, den die rechte Seite auf den Finanzminister Wippermann machte. Es handelte sich um einen Kassenvorschuß, den Wippermann im Nothstande des vorigen November bei Rothschild, wie man denken kann zu harten Bedingungen, hatte entnehmen müssen. Unter dem heftigsten Tadel dieser Bedingungen war man bis zu dem Antrage gekommen, den Reichspflegerausschuß zu befragen, ob nicht eine Verfassungsverletzung vorliege. Jedoch wies Wippermann in einer anderthalbstündigen Rede die Unvermeidlichkeit des Anlehens und die Gehässigkeit aller Vorwürfe auf das Glänzendste nach; es zeigte sich, daß die angebliche verfassungswidrige Maßregel unter Genehmigung des betreffenden landständischen Ausschusses vollzogen war; es war unter diesen Umständen vergebens, daß wieder wie beim Wahlgesetze die äußerste Rechte einen unvermutheten Bundesgenossen an dem Abgeordneten Bayrhofer erhielt; die Kammer ging vielmehr auf den Antrag des Abgeordneten von Sybel wegen völliger Grundlosigkeit aller Anklagepunkte zur Tagesordnung über. (D.3.)

Konstanz, 15. Febr. Ueber die Folgen einer aus der Schweiz berichteten Schlägerei zwischen Schweizer und Württemberger Soldaten, berichtet der „Schwäbische Merkur“: Einer der Soldaten blieb, wie es scheint in der Trunkenheit, zurück, der, wir wissen nicht aus welchen Gründen, von den Schweizern festgehalten wurde. Folgenden Tag hieß es, daß, nachdem eine Unterhandlung wegen Rückgabe desselben zu keinem gewünschten Resultat führte, die Soldaten den Entschluß gefaßt hätten, ihn eigenmächtig zu befreien. Ein solcher Versuch der Gebiets-Verletzung fand nicht statt; doch scheint es, daß man in der Schweiz einen gewaltthätigen Einfall befürchtete, denn gestern Abend hörte man in den nähen Dorfschaften Generalmarsch schlagen, und kaum 100 Schritte von unserm Kreuzlinger Thor soll die Nacht über ein Wachposten von 200 Schweizer-Scharfschützen gestanden haben. Auch dießseits sind die Posten verstärkt, doch steht zu hoffen, daß sich die Sache bald friedlich ausgleichen wird.

Bermischte Nachrichten.

Berlin. Ueber die in den Zeitungen bereits mehrfach ange deutete merkwürdige Entführungsgeschichte, welche sich vor mehreren Tagen hier zugetragen hat, sind wir im Stande das Nähere dahin mitzutheilen: Die etwa 17-jährige Tochter des Ober-Steuer-Controllenrs K., Vornamens Dittlie, passirte vor einigen Tagen Abends gegen 8 Uhr die Zimmerstraße, um sich in ihre Wohnung zu begeben, als plötzlich ein starker Mann auf sie zutrat und sie,

ehe sie sich noch vom Schreck erholen konnte, in einen bereitstehenden Wagen (dem Anschein nach eine Droschke) hob. Der Mann sprach nicht mit ihr, drohte ihr aber für den Fall, daß sie Lärm machen würde. In dieser peinlichen Situation wurde ein weiter Weg zurückgelegt, endlich hielt man vor einem Thore an, um auszusteigen. Diesen Augenblick benutzte das Mädchen, um zu entspringen und sich in athemlosem Lauf nach Hause zu begeben. Dem Anschein nach war es die Pionierstraße, in welcher der Wagen Halt gemacht hatte. Als das Mädchen nunmehr am nächsten Abend die finstere Treppe ihrer Wohnung passiren wollte, erblickte sie dort einen unbekannten Mann, dieser warf ihr ein Tuch über den Kopf, so daß sie betäubt wurde und sie fühlte sich dann plötzlich von mehreren kräftigen Fäusten in einen Wagen gehoben. Als sie hier wieder zu sich kam, sah sie sich zwischen drei unbekannten Männern sitzen und sie bemerkte, daß sie eine vor dem Thor belegene Allee entlang fuhr, welche die Bellevuestraße zu sein schien. Hier hörte das Mädchen Menschenstimmen, sie rief um Hülfe und zertrümmerte zugleich die Wagenfenster. In Folge dessen wurde der Wagen angehalten und das Mädchen auf die Straße hinausgeworfen. Dieselbe raffte sich auf und kam halb ohnmächtig am Potsdamer Thor an, wo sie sich in eine Droschke setzte und nach Hause eilte. So lauten die Aussagen des Mädchens, welches in Folge des stattgehabten Vorfalls längere Zeit krank gewesen sein soll. Die Polizeibehörde hat sich alle mögliche Mühe gegeben, dieser Angelegenheit auf die Spur zu kommen. Bis jetzt sollen die Recherchen aber noch zu keinem Erfolge geführt haben. Für das Mädchen selbst soll es an jedem ersichtlichen Grunde fehlen, um etwa die von ihr bekundeten Thatfachen zu erfinden, es scheinen also die Aussagen derselben mehr oder weniger begründet zu sein. (B. 3.)

Jenny Lind verheirathet sich mit einem Londoner Bankierssohne, Herrn Harris, wie ein Manchester Blatt mit Bestimmtheit behauptet.

In Moskau haben die großen Riächta-Händler Gebrüder Schestow mit 2,500,000 Rubel Silber fallirt und einige andere russische Häuser gestürzt.

Der über 1200 Mitglieder aller Klassen umfassende Hallesche Preußen-Verein für constitutionelles Königthum hat an das Königliche Staats-Ministerium nachstehende Adresse erlassen:

Se freudiger die Mitglieder des unterzeichneten Preußen-Vereins für constitutionelles Königthum die energischen Maßregeln begrüßt haben, durch welche das Königliche Staats-Ministerium Geselligkeit und Ordnung in die Residenzstadt zurückgeführt, um so weniger vermögen wir gegenwärtig, wo die weitere Anwendung des wohlthätigsten der gewählten Heilmittel, des Belagerungszustandes, von vielen Seiten als unvereinbar mit dem bevorstehenden Zusammentritt der neuen Volksvertreter dargestellt wird, eine bange Besorgniß zurückzuweisen.

Denn wenn auch der Belagerungszustand Berlins, wie Jedermann vor Augen liegt, der Annäherung und dem Terrorismus einer frevelhaften Fraktion ein Ziel gesetzt hat, so würde man sich doch täuschen, wenn man wäunte, daß durch denselben die Reinheit der Revolutions-Partei für immer gebrochen und ihre Zwecke gänzlich vereitelt worden seien. Sie wird, wie sich mit Sicherheit voraussehen läßt, von neuem ihr Haupt erheben, jede sich ihr anbietende Gelegenheit benutzen, um das Feld wieder zu erobern, aus welchem sie sich durch Tyrannei verdrängt wähnt, und ihr unheilvolles Werk so lange fortsetzen, als es an gesetzlichen Normen fehlt, welche die Willkür des Clubwesens hemmen, der Zügellosigkeit der Presse steuern und zugleich verhüten, daß unter dem Titel des Schutzes persönlicher Freiheit das Verbrechen und Laster ungehemmt sein Spiel treiben kann.

Die Ruhe und der Frieden der Hauptstadt des Landes bedingt, wie wir aus Erfahrung wissen, die Ruhe und den Frieden der gesamten Provinzen. Sie allein verbürgen ein gedeihliches Wirken der gesetzlichen Vertretung des Landes. Darum achten wir es für unsere gebieterische Pflicht, die Ueberzeugung offen auszusprechen, daß es noch nicht an der Zeit sei, den über die Hauptstadt verhängten Belagerungszustand aufzuheben und gestatten uns der eherbietigen Bitte Worte zu geben, daß das Königliche Staats-Ministerium die für Berlin angeordneten außerordentlichen militairischen und polizeilichen Maßregeln bis zu dem Zeitpunkte möge fortdauern lassen, wo es in Folge verfassungsmäßiger Gesetze keiner Ausnahmemaßregeln mehr bedürfen wird, um jeder Störung der öffentlichen Sicherheit mit Nachdruck und Erfolg entgegen zu treten und namentlich die Berathungen der Kammern vor jeder Besorgniß eines ungesetzlichen Einflusses von Außen sicher zu stellen.

Halle, den 16ten Februar 1849.

Der Preußen-Verein für constitutionelles Königthum.

Die Versammlung von Freunden der innern Mission, welche wir auf den 15ten d. Mts. angesetzt hatten und wegen Krankheit des Hrn. Wichern in Hamburg aufzuschieben genöthigt waren, wird nunmehr am

Mittwoch den 28sten d. Mts., Nachmittags 5 Uhr, im Saale der Elisabethschule hieselbst statt finden. Herr Wichern hat uns seinen Besuch und seine Mittheilungen über innere Mission aufs Neue zugesagt. Wir laden alle Freunde der Sache zur Theilnahme dringend und ergebenst ein. Stettin, den 21sten Februar 1849.

Comitee des Vereins für innere Mission.

Oratorium „Elias“.

Am Donnerstag den 1sten März d. J., Nachmittags 5½ Uhr, wird die hiesige Liedertafel in der erleuchteten Jacobi-Kirche das Oratorium „Elias“ von Mendelssohn-Bartholdy zur Aufführung bringen. Viele sehr geschätzte Dilettanten haben dem großen Werke bereitwillig ihre Kräfte geliehen, außerdem aber Herr Brosch die Gefälligkeit gehabt, die Partitur des Elias zu übernehmen.

Der Ertrag ist zum Besten der hiesigen Armenkasse bestimmt, und Einlaß-Karten à 10 sgr., sowie Terte à 2 sgr. 6 pf. sind in der Morinischen und Bulangischen Buchhandlung, sowie bei den Herren Devantier am Kohlmarkt, und Lüderitz, Mittwochstraße No. 1058,

zu haben. An den Kirchthüren findet ein Billet-Verkauf nicht Statt.

Die verehrten Subscribenten wollen die Aussetzung der ihnen früher angekündigten Aufführung Hindernisse aufschreiben, die nicht beseitigt werden konnten. Stettin, den 21sten Februar 1849.

Der Vorstand der Liedertafel.

Concert = Anzeige.

Das vierte Abonnements-Concert findet Sonnabend den 24sten Februar im großen Saale des Baiserschen Hofes statt. Unter Anderem wird ein Rondeau für zwei Violinen, vorgetragen von A. und E. Wild, vor-

kommen. Anfang 8 Uhr. Entree für Nichtabonnenten 5 Sgr. Am zahlreichen Besuch bittet ergebenst A. W i l d.

Officielle Bekanntmachungen.

B e k a n n t m a c h u n g.

Da der Käufer der ehemaligen Ziegler-Wohnung bei der hiesigen Gas-Anstalt den Zahlungs-Termin nicht inne gehalten hat, so wird dieses Etablissement anderweitig am 12ten April c., Vormittags 11 Uhr, im Rathssaal hier zum Verkauf an den Meistbietenden gestellt, daselbst sich Kaufstiebhaber einzufinden wollen. Stettin, den 19ten Februar 1849.

Die Dekonomie-Deputation des Magistrats.

Literarische und Kunst-Anzeigen.

Ende d. M., spätestens am 1sten März, erscheint in unserem Verlage die

Constitutionelle Zeitung

redigirt von Dr. Carl Weil.

Vierteljährlicher Abonnementspreis für Berlin 1 Thlr. 20 Sgr., auswärts 2 Thlr.

Preis für die Zeit vom Erscheinen der ersten Nummer bis 1. April fünfzehn Silbergroschen, ohne Aufschlag. Die Zeitung erscheint Abends und wird die Kammerverhandlungen desselben Tages bereits mittheilen. Sie enthält auch ein Feuilleton, Handelsnachrichten u. s. w.

Alle Postämter nehmen Bestellungen an. Ebenfalls durch dieselben sind Probenummern zu beziehen. Die Hauptexpedition am hiesigen Orte ist **Werderstr. 11**, bei **C. S. Jonas**, woselbst auch Inserate (a 1 1/2 Sgr. die Zeile) angenommen werden. C. S. Jonas u. Zeit u. Comp.

Substationen.

Nothwendiger Verkauf.

Von dem Königl. Land- und Stadtgerichte zu Stettin soll das in der Langenbrückstraße belegene, den Wirtschmeister Rosenbergschen Eheleuten zugehörige, auf 5550 Thlr. abgeschätzte Haus nebst der dazu gehörigen halben Wiese, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe,

am 23ten Mai 1849, Vormittags um 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle hieselbst subhastirt werden.

Alle unbekannten Realitätenbesitzer werden aufgefordert, sich bei Vermeidung der Präclusion mit ihren Ansprüchen an das Grundstück spätestens in diesem Termine zu melden.

Verkäufe unbeweglicher Sachen.

Der Besitzer eines in der Mark gelegenen grossen Allodial-Gutes beabsichtigt, dasselbe in einzelnen Parzellen von resp. 300 bis 800 Morgen Acker und Wiese zu verkaufen. Da dieser die Absicht hat, die Vereinzelungen zum Besten solcher Acquirenten vorzunehmen, so hat er den Kaufpreis äusserst billig und die Bedingungen sehr annehmbar gestellt. Ich bin beauftragt, vorläufige Anmeldungen, brieflich frankirt, anzunehmen, jedoch bemerke ich, dass ich erst dann den Namen des Gutes nenne, wenn hinlängliche Anmeldungen dazu geschehen sind.

Grimmen, Neuvorpommern, den 20. Febr. 1849. G. L. v. Lühmann.



Wegen Krankheit des Besitzers ist eine sehr romantisch belegene Wassermühle nebst Pertinenzien und Inventarium mit geringem Angebots- und anderen vorthellhaften Bedingungen sofort zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt auf freie Anfrage Herr Kondukteur Zimmermann in Pölitz.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Double Shawls und Umschlagetücher

empfang heute in allen Farben und den neuesten Dessins direkt aus Lyon und Paris

J. MEYER.

So eben erhielt ich wieder eine Sendung des schnell vergriffenen 1/2 und 3/4 schwarzen ächt italienischen

Taffet-Lustrine,

welcher sich sowohl durch schöne Farbe und feinen Glanz, wie auch durch seine Haltbarkeit und Billigkeit besonders auszeichnet.

J. MEYER,

Reichslägerstraße No. 49.

Bestes büchen Holz

in großen Kloben offerirt, um bald damit zu räumen, zu billigem Preise

A. F. Schumann.

Büchen Klobenholz, a Kaster 7 Thlr. 10 Sgr., bei C. Rosenthal.

Ein guter Handwagen steht zum Verkauf bei W. Raschke, gr. Laßadie No. 213.

Scharfe Königsberger Saake offerirt billigt W. Raschke, gr. Laßadie No. 213.

Neue Mess. Apfelsinen und Citronen empfang und offerirt billigt C. A. Schmidt.

Ein neuer Hand-Baumwagen mit eisernen Achsen ist zu verkaufen Breitestraße No. 358.

Ein Posamentier-Repositoryum und Ladentisch steht billig zum Verkauf Frauenstr. 911 b.

Vermietungen.

Grapengießersstraße No. 416, eine Treppe hoch, sind 2 schöne Stuben mit eleganten Möbeln zu vermieten.

Eine Parterre-Vorderstube ist Breitestraße No. 358 zum 1sten April 1849 zu vermieten.

Ein Schmiedekeller ist zu vermieten Heiligegeiststraße No. 334.

Schulzenstraße No. 177

ist ein Laden und große Stube sofort zu vermieten.

Gr. Domstraße No. 665 ist die 2te Etage, bestehend aus 6 Stuben nebst Zubehör, zu Oftern zu vermieten. Das Nähere 3 Treppen hoch zu erfahren.

Zwei Stuben mit auch ohne Möbeln sind Dom- und Pelzerstraßen-Ecke No. 665 an ruhige Miether zu vermieten. Das Nähere 3 Treppen hoch zu erfragen.

Gr. Bollweberstr. No. 566 ist die 4te Etage, bestehend aus 3 Stuben, Kabinett, heller Küche nebst Zubehör, zum 1sten April billig zu vermieten.

Zwei ganz anständig möblirte Zimmer in der bel Etage des Hauses große Laßadie No. 232, Sonnen- seite, sind zum 1sten März d. J., jedoch aber nur an einen einzelnen Herrn, zur anderweitigen Vermietung frei.

Auf der Kupfermühle No. 1 sind für die kommenden Sommermonate oder auch fürs Jahr mehrere herrschaftliche Wohnungen zum 1sten April d. J. zu vermieten.

Al. Domstraße 686 ist die zweite Etage — 3 Stuben, Kammer, Alkoven, Küche und Zubehör — zu vermieten.

In der Nähe Stettins sind zwei freundliche Wohnungen, jede bestehend in drei Stuben, Kammer, Küche, Keller und Garten, billig zu vermieten. Das Nähere in der Zigs.-Expedition.

Rosmarkt No. 758 ist die bel Etage, aus 7 Stuben nebst allem Zubehör bestehend, vom 1sten April 1849 ab zu vermieten. J. Ebner.

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Ein bewährter Wirthschafter, der 16 Jahre hindurch grosse Güter bewirthschaftet, die besten Zeugnisse über mehrjährige Dienste auf einer Stelle aufzuweisen hat und in dem Vermögen ist, auf Erfordern eine bedeutende Caution zu stellen, sucht ein oder mehrere Güter zu bewirthschaften. Hierauf Reflektirende belieben sich in frankirten Briefen an den Herrn Bürgermeister v. Lühmann in Grimmen, Neuvorpommern, zu wenden, der die fraglichen Atteste etc sogleich zur Prüfung einsenden wird.

Ein Kandidat des Predigtamts sucht zu Oftern eine Hauslehrer-Stelle. Nachrichten darüber ertheilt die Zeitungs-Expedition.

Ein ordentlicher Knabe kann in mein Geschäft als Lehrling eintreten. R. F. Wille, Uhrmacher, Reichslägerstraße No. 123.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Strohhüte werden sauber gewaschen und modernisirt bei W. A. Zeller, Vollenstraße No. 785.

Stroh-Hüte

werden sauber gewaschen und modernisirt bei A. Flachmann, Heumarkt No. 136.

Heute früh 5 1/2 Uhr habe ich einen mit Baumwollenzug überzogenen Pelzrock gefunden. Der Eigentümer kann denselben gegen Erstattung der Insertionskosten bei mir in Empfang nehmen. Stettin, den 22sten Februar 1849. Teschendorff, Arbeiter, Silberwiese No. 18.

Ein seidenes gelb und schwarzes Schnupftuch ist verloren gegangen, und wahrscheinlich in irgend einem Comtoir liegen geblieben. Es wird gebeten, selbiges Rosmarkt No. 758 eine Treppe hoch gefälligst abgeben zu lassen.

Blonden und weiße seidene Schnurenhüte werden sauber und billig gewaschen Schiffbaustraße No. 33. J. Schultze.

Ein fertiger Klavier-Spieler, der sich unternimmt, wöchentlich zweimal Tanzmusik zu machen, kann mit vorthellhaften Bedingungen nach außerhalb beschäftigt werden. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Zur Bequemlichkeit meiner geehrten Gäste werde ich, von denselben dazu mehrfach aufgefordert, neben meinem Geschäfte in demselben Hause, Grapengießersstraße No. 166, parterre, unter dem Namen:

Felsen-Keller

ein Frühstück- und Bier-Lokal am 24sten d. Mts. eröffnen, in welchem ich

acht Nürnberger Bier vom Faß, a Seidel 3 Sgr., Bayrisch Bier vom Faß, a Seidel 1 1/2 Sgr.,

auschenken werde. Für verschiedene Gewaaren zum Frühstück auf Bayrische Art werde ich die möglichste Sorge tragen, und bitte ich daher meine Freunde und Gönner, mit ihrem geehrten Besuch mich zu erfreuen.

Nicolo Lincanzer.

Stroh- und Vordüren-Hüte

werden wieder in bekannter Güte gewaschen und nach den neuesten Fagons umgenäht.

J. Marquardt, Rosmarkt No. 156, beim Kürschner Herrn Koch.

Zurückgelegte Manns- und Frauen-Kleidungsstücke, Betten und Wäsche, Gold, Silber, Bernstein, Kupfer, Messing, Zinn und Zink kauft und bezahlt aufs Höchste

M. A. Cohn, Krautmarkt No. 1026.

Zum Stimmen der Pianofortes und Tanzspiel auf demselben empfiehlt sich, wie auch Unterricht auf demselben ertheilt

J. F. Rosboth, Kafematte No. 510.

Bei einem hiesigen Lehrer finden 2 Pensionaire zu Oftern d. J. freundliche Aufnahme. Näheres große Oderstraße No. 1, drei Treppen hoch.

Lotterie.

Zur 2ten Klasse 99ster Lotterie sind noch Kaufloose zu haben bei

J. C. Rolin, Königl. Lotterie-Einnehmer.

Am Sonntage Invocavit, den 25. Februar, werden in den hiesigen Kirchen predigen:

In der Schloß-Kirche:

Herr Prediger Palmis, um 8 U. Nach der Predigt heil. Abendmahl. Beicht-Andacht am Sonnabend Nachm. 2 1/2 Uhr.

Konfistorial-Rath Dr. Richter, um 10 1/2 U. Hosprediger Brunner, um 2 U.

Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Konfistorial-Rath Dr. Richter.

In der Jakobi-Kirche:

Herr Prediger Fischer, um 9 U. Prediger Schiffmann, um 1 1/2 U.

Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Prediger Fischer.

Die Passionspredigt am Freitag den 23. d. M., Nachmittags 4 Uhr, hält Herr Pastor Schünemann.

In der Peters- und Pauls-Kirche:

Herr Prediger Hoffmann, um 9 U. Prediger Moll, um 2 U.

Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Prediger Hoffmann.

In der Johannis-Kirche:

Herr Militair-Oberprediger v. Sydow, um 9 U. Pastor Teschendorff, um 10 1/2 U.

Prediger Budy, um 2 1/2 U. Die Beicht-Andacht am Sonnabend um 1 Uhr hält Herr Pastor Teschendorff.

In der Gertrud-Kirche:

Herr Prediger Jonas, um 9 U. Prediger Jonas, um 2 U.

Freie christliche (deutsch-katholische) Gemeinde.

In der Aula des Gymnasiums predigt am Sonntage, den 25. Februar, Vormittags 9 Uhr:

Herr Pfarrer Gengel.

Evangelisch-lutherische Gemeinde.

In der Aula des Gymnasiums predigt am Sonntage Invocavit:

Herr Pastor Ddebrecht, um 10 1/2 U. Derselbe, um 3 U.

Heute Freitag, in der Zeichenklasse des Gymnasiums um 7 Uhr, Passionspredigt: Herr Pastor Schoene.

Am Sonntage predigt in der Baptisten-Gemeinde Vormittags um 9 Uhr und Nachmittags 4 Uhr, sowie Donnerstags Abends 8 Uhr:

Herr Missionar Gölzow.

In der hiesigen Synagoge predigt am Sonnabend den 24. Februar, Morgens 10 1/2 Uhr:

Herr Rabbiner Dr. Meisel.